

Und wieder steigen die Ticketpreise

Zu: „Verkehrswende – Frankfurt will sich kein 365-Euro-Ticket leisten“, FR-Regional vom 16. Februar 2022

Die Fahrt mit dem Auto ist günstiger

Dass Beamtinnen und Beamte deutlich besser gestellt sind als Angestellte, ist statistisch bewiesen und hinreichend bekannt. Die Durchschnittsrente liegt deutlich unter dem ausschließlich vom Steuerzahler finanzierten durchschnittlichen Ruhegehalt – eben auch netto. Altersarmut betrifft in erster Linie Rentnerinnen und Rentner. Dass alle aktiven Beamtinnen und Beamten kostenfrei den Nah- und Regionalverkehr in Hessen nutzen dürfen, ist eine gute Entscheidung und zugleich eine zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit gegenüber der übrigen Bevölkerung.

Klasse, dass sich die FR im Thema des Tages ausführlich mit der (politischen) Worthülse „Verkehrswende“ befasst hat. Ein nationaler und internationaler Vergleich der Ticketpreise für den ÖPNV hätte die Stories angereichert. Fahrten im Bereich des Dauer-Preistreibers RMV nehmen mit der bevorstehenden zweiten Preiserhöhung Formen von Luxusreisen an. 8,95 Euro kostet schon heute eine Einzelfahrt z.B. von Bad Homburg nach Offenbach (Berufsverkehr). Das zwingt zur (weiteren) Nutzung eines Pkw bzw. demnächst zur Rückkehr zum Auto. 22 Kilometer Fahrtstrecke zwischen den erwähnten Orten, selbst die Explosion der Benzinpreise

macht die Fahrt in einem Pkw unter Berücksichtigung aller Kosten eher günstiger, speziell mit gut erhaltenen Kleinwagen.

Ob Frankfurts OB Peter Feldmann oder Hessens Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Al-Wazir: Ihre Statements zur nächsten Preiserhöhung entsprechen ihrem selbstgefällig wirkenden Erscheinungsbild. Was interessiert das Geschwätz vor Wahlen? Gleich ob in Bund, Land oder Kommune, gleich ob zum Fern- oder zum Nahverkehr und ganz zu schweigen von Mieten. Die zwingend erforderliche Verkehrswende ist mit ständigen Preiserhöhungen undenkbar – eine böse „Verkehrswunde“. Im ÖPNV erscheint eine echte Wende über das Ein-Euro-Tagesticket möglich, wie die Studie der Frankfurter Goethe-Universität zeigt. Eine landesweite Obergrenze unterhalb der heutigen Toppreise ist die Mindestforderung für einen ÖPNV für jedermann – auch wenn das auf Kosten der Beamtinnen und Beamten gehen sollte.

Rainer Franzke, Bad Homburg

Alle Kosten auf den Tisch für den Verkehr der Zukunft

Die Struktur von Gewerbe, Wohnen und Verkehrsmitteln ist in Ballungsräumen wie Rhein-Main eng vernetzt, sowohl regional als auch in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit. Die Realisie-

rung volkswirtschaftlicher Kosten und Nutzen einschließlich „externer“ Elemente wie Klima- und Umweltlasten ist dabei die Voraussetzung optimaler Strukturen. Auf solcher Grundlage lassen sich die Ticketpreise von Bahn und Bus ermitteln, unter Verrechnung der nun in Hessen zulässigen kostendeckenden Anliegerparkgebühren. Dies wird nur gelingen, wenn alle Kommunen entsprechend ihres Pkw-Bestandes eine angemessene Parkraumbewirtschaftung durchführen und die Infrastruktur des ÖPNV bedarfsgerecht ausbauen. Ebenso sollte die Gewerbeansiedlung und der Wohnungsbau regional abgestimmt werden, auch um die Pendlerstrecken zu minimieren. Der übliche Wettbewerb um niedrige Gewerbesteuerhebesätze ist dabei sehr hinderlich.

Optimale Verkehrsstrukturen werden offensichtlich durch die föderale Struktur eher verhindert. Wäre es daher nicht zweckmäßig, wenn der Regionalverband Frankfurt-Rhein-Main ein Konzept für eine zukunftsorientierte Verkehrsinfrastruktur entwickelt?

Dabei sollte jeweils eine finanzielle Benachteiligung einzelner Kommunen vermieden werden. Unvermeidlich benachteiligt werden aber all jene Autohalter, deren Vehikel weniger als Verkehrsmittel denn als Statussymbol dient.

Werner Geiß, Neu-Isenburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220221

Hurra, Fortschritt!

Zu: „Frankfurts App für die Grüne Welle“, FR-Regional vom 10. Februar

Es kommt ein IT-Startup-Fuzzi daher, ruft „Digitalisierung!“ und, wenn das nicht reicht, noch „Smartphone-App!“, und dann wird Geld für den dümmsten Schwachsinn ausgegeben. Klar, denkt sich der Politiker, eh die Fördergelder verfallen; und zahlen muss ich’s ja nicht aus eigener Tasche. Hauptsache das Smartphone ist involviert; dieser nach Wohnung und Kfz privateste Rückzugsort der modernen Gesellschaft. Ich erinnere mich der elektrischen Zahnbürste oder des Kaffeevollautomaten, die per Smartphone-App personalisiert werden konnten. Was ein Fortschritt, hurra!

Diese Kritik hat nichts mit Fortschrittsverweigerung zu tun. Aber ein Fünkchen gesunder Menschenverstand muss doch zu der Erkenntnis kommen: In einer Großstadt wie Frankfurt kann dies nicht funktionieren. Ich rate bei der Teilnahme am Straßenverkehr einfach: „Handy aus, Kopf an!“ – By the way: Ist die Ablenkung durch das Handy im Straßenverkehr nicht verboten? Hans Dietmar Jäger, Frankfurt

Vom Pfeifen im Walde

Kelkheim: „Züge müssen bald nicht mehr pfeifen“, FR-Regional vom 9.2.

Es war mir bislang völlig unbekannt, dass die Hessische Landesbahn (HLB) auch Schwimmbäder und Flughäfen betreibt. Zumindest ist im Beitrag über das Pfeifen der Züge im Walde von einem Badebetriebsleiter und am Ende von der hessischen Landebahn die Rede. Vielleicht könnten sich ja klamme Gemeinden, die mit ihren maroden Schwimmbädern oder dem Betrieb von Provinzflughäfen überfordert sind, einmal vertrauensvoll an die HLB wenden.

Immerhin darf im Beitrag der Lokführer Lokführer sein und muss sich nicht als Zugführer bezeichnen lassen.

Wolfgang Meyer, Frankfurt

Ruinierte und hässliche Städte und Dörfer

Solarpaneele auf Dächern: Erwiderung auf „Ohne Regeln droht Wildwuchs“, FR-Forum vom 14. Februar

Leserbriefschreiber Bernd Herrmann stimmt der Bauaufsicht zu, die der Ansicht ist, dass eine zu große Solaranlage sich nicht in die Umgebung einfügen würde, und meint, dass unsere Städte ein weiteres Mal zerstört werden könnten.

Wie immer liegt die Schönheit im Auge des Betrachters oder der Betrachterin. Was würde „ein weiteres Mal optisch zerstört werden“? Wenn ich durch die Stadt gehe oder mit dem Rad fahre, sehe ich ruinierte Städte und Dörfer. In den Ortschaften ist nicht mehr der eigentliche

Zweck deutlich, nämlich der der Begegnung, der Bewegung in der Nachbarschaft, sondern die Räume zwischen den schönen Fachwerkhäusern stehen voll von Großgeräten zur Raumüberwindung. Diese bewegen sich auf Straßen, die unsere Wege zerschneiden und einfach hässlich machen. Wir haben in Wiesbaden ziemliches Glück, dass auf den Ringen die Bäume noch stehen geblieben sind und nicht alle für Linksabbiegerspuren oder Parkplätze geopfert wurden.

Diese Beispiele könnten noch vertieft und erweitert werden,

z.B. auf zugepflasterte Vorgärten, große Supermärkte oder Post- bzw. Warenverteilungszentren. Sind die schön? Der Unterschied zu einer Solaranlage auf einem Einfamilienhaus ist, dass diese auf einem Dach steht, wir sie normalerweise nicht sehen und sie uns nicht im Weg ist. Wir gucken ja nicht immer hoch auf die Dächer. Und die Möglichkeit, Energie zu erzeugen, die uns zehn Monate lang regenerativ geliefert wird, ist in Zeiten steigender Strompreise nicht nur sehr charmant, sondern schlicht notwendig. Ursula Langer, Wiesbaden

Die Bankrotterklärung des Landesrechnungshofes

Zu: „Sparen an der Kitabetreuung“ und „Personalrat kritisiert Rechnungshof“, FR-Regional vom 9. und 26. Februar

Familien sind schon jetzt die Leidtragenden der Pandemie. Ich arbeite in der Familienbildung und in den Frühen Hilfen. Jeden Tag sehen wir, wie der Belastungsgrad der Familien steigt. Entwicklungsdefizite und psychische Probleme von Kindern haben in den letzten zwei Jahren massiv zugenommen. Die Schere zwischen gutsituierten Familien mit unterstützendem Netzwerk und Familien in prekären Lebenslagen ohne solches Netzwerk klafft immer weiter auseinander.

Die Kita ist ein immens wichtiger Ort gerade für Kinder aus Familien, die kein solches Netzwerk haben, die räumlich sehr beengt leben, die die deutsche Sprache noch nicht so gut beherrschen, Das ist schon mit den jetzigen Gruppengrößen und der jetzigen Personalausstattung eine enorme Herausforderung. Wenn diese wichtigen Bildungs- und Integrationsaufgaben in der Kita nicht gelingen, multiplizieren sich die Probleme später in der Schule. Zu diesen hochkomplexen pädagogi-

schen Aufgaben, für die die Erzieher:innen aktuell ganz sicher alles andere als zu gut bezahlt werden, kommt noch die Pandemiesituation hinzu. Erzieher:innen stehen täglich an vorderster Front. Kleine Kinder können weder Abstand halten noch Maske tragen und sind ungeimpft, das Personal ist einer massiv erhöhten Infektionsgefahr ausgesetzt und hält trotz hohem Krankenstand teilweise mit letzter Kraft die Betreuung aufrecht – ohne die als Nebeneffekt auch sofort

die mit immensen Summen unterstützte Wirtschaft zusammenbrechen würde, weil Eltern ohne Betreuung ihrer Kinder ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen könnten. Und da fällt dem Landesrechnungshof nichts Besseres zur Stabilisierung der städtischen Finanzen ein, als den Rotstift ausgerechnet bei der Kinderbetreuung und damit der frühen Bildung anzusetzen? Eine Bankrotterklärung, nicht nur im finanziellen Sinne.

Melanie Weimer, Frankfurt

Leben im Umland

Zu: „Grenzen des Wachstums“, FR-Regional vom 8. Februar

Der Artikel des von mir sehr geschätzten Thomas Stillbauer auf der Titelseite spricht mir aus dem Herzen. Für immer mehr Zuzüge nach Frankfurt ist die Infrastruktur nicht angelegt und erschöpft sich (Klärwerke, Wasserbedarf). Auch gibt es innerhalb Frankfurts kaum noch Bauflächen, so dass insgesamt gesehen Lebens- und Arbeitsplätze im Umland ermöglicht werden müssten.

Silvia Heiler, Frankfurt